

IPPNW-Jahrestreffen am 21. April 2012

Resolution zur Friedenspolitik

Die schrecklichen Kriegseskalationen der letzten 11 Jahre, von Afghanistan über Irak bis Libyen, haben in den betroffenen Regionen Hunderttausenden von Menschen das Leben gekostet, ganze Landstriche verwüstet und chaotische, völlig der Willkür ausgelieferte gesellschaftliche Zustände produziert. Wesentliche Verantwortung hierfür ist ökonomischen Interessen anzulasten, dem „militärisch-industriellen Komplex“, vor dem schon US-Präsident Eisenhower gewarnt hat, und der gerade in unseren westlichen, in der NATO vereinigten Staaten eine bedrohliche Machtzusammenballung darstellt.

Die Sicherung wirtschaftlicher Interessen durch militärische Gewalt ist eine zutiefst destruktive, in die Gefährdung von Demokratie und Humanität führende Fehlentwicklung, der wir uns mit allen politischen und zivilgesellschaftlichen Mitteln widersetzen. Wir brauchen eine strukturell friedensfähige Gesellschaft, die auf rücksichtslos profitorientierte „neoliberale“ Globalisierung verzichtet. „Lernziel Solidarität“ (H-E. Richter), das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit und der gemeinsamen menschlichen Grundinteressen auf diesem immer enger vernetzten Globus bleibt dagegen unsere Orientierung - hin zu einem grundsätzlichen Wandel, innergesellschaftlich und im Zusammenleben der Nationen.

„Divide et impera“, „teile und herrsche!“ war schon seit den Zeiten des römischen Imperiums die Devise, wenn es um Vorherrschaft ging. Ausgrenzung und rassistische Diskriminierung sind noch immer propagandistische Mittel, um Herrschaft und wirtschaftliche Privilegien zu sichern. Anspruch auf Gleichheit der Rechte aller Menschen als einer Grundlage für nachhaltigen Frieden wurde vernachlässigt. Heute wird versucht, insbesondere die Angst vor dem Islam und vor den Armutsfüchtlingen Afrikas für Militarisierung und für die Legitimation globaler NATO-Militäreinsätze zu instrumentalisieren.

Die deutsche IPPNW bekräftigt demgegenüber ihr Engagement auf wichtigen Feldern sowohl der präventiven Friedenspolitik, als auch der Aufklärung über die zerstörerischen Folgen militärischer Gewalt.

Wir fordern, endlich Ernst zu machen mit der Verpflichtung aus dem Atomwaffensperrvertrag zu umfassender Abrüstung der Nuklearwaffenarsenale. Von der deutschen Bundesregierung erwarten wir den Verzicht auf die „nukleare Teilhabe“, und den Abzug der immer noch in Deutschland stationierten US-Atombomben. Es darf keine Stationierung eines „Raketenabwehrsystems“ in Deutschland geben, denn dies würde nur eine neue Runde im gefährlichen und ressourcenvergeudenden Rüstungswettlauf bedeuten

Wir fordern ein Ende der westlichen Militärinterventionen von Irak, Libyen bis Afghanistan, das Verbot militärischer Eingriffe in Syrien, Verhandlungen im Israel-Iran Konflikt und strikte Ablehnung israelischer und/oder US-amerikanischer Bombardierung. Wir verlangen Respekt für das Völkerrecht und die Selbstbestimmung der Nationen, das gilt auch für das palästinensische Volk.

Unterdrückte Menschenrechte in anderen Nationen können und dürfen nicht Anlass für imperiale Militäreinsätze sein, die ihrerseits zu schwersten Opfern und Menschenrechtsverletzungen führen, besonders unter der Zivilbevölkerung..

Gewaltfreie Konfliktlösungen und Respektierung der Menschenrechte sind für uns als ärztliche Friedensbewegung unverzichtbare Ziele und Voraussetzung einer friedlichen Welt.

Das Bewusstsein und Praktizieren internationaler Verbundenheit auf der Ebene des Engagements der Bürger für Migranten und für die Rechte von Flüchtlingen ist ferner ein essenzieller Teil von Friedensarbeit, wie wir sie verstehen. Es ist schändlich, dass ein ökonomisch so reiches Land wie Deutschland mit allen Mitteln daran arbeitet, sich gegenüber Flüchtlingen aus den Kriegs- und Elendsgebieten der „Dritten Welt“ abzuschotten.

Als ebenso schändlich empfinden wir es, dass unser Land zum drittgrößten Exporteur von Kriegswaffen weltweit geworden ist. Wir werden einen Schwerpunkt unserer Aktivitäten 2012 und 2013 auf die Aufklärung und die Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen dieses Geschäft mit dem Tod legen.

Unser Ziel muss es sein, das Versprechen der UN-Charta aus dem Jahr 1948 zu verwirklichen: den Krieg als eine „Geißel der Menschheit“ zu überwinden. Deutschland wird von keinem anderen Staat militärisch bedroht: wir müssen die Frage aufwerfen, ob unser Land wirklich eine hochgerüstete Armee mit über zweihunderttausend Soldaten benötigt. Konsequente Abrüstung und eine engagierte Friedenspolitik wären wirkungsvollere Maßnahmen für die Sicherheit der Nationen, auch der Bürger unseres Landes.

Als ÄrztInnen und PsychotherapeutInnen sind wir der körperlichen und seelischen Gesundheit unserer PatientInnen und MitbürgerInnen verpflichtet.

Die Arbeit in der IPPNW bleibt für uns ein Beitrag, dieser Verpflichtung nachzukommen: indem wir präventiv und kurativ der Geißel der Menschheit entgegenwirken.

Verabschiedet am 21. April 2012